

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 4 (1982)
Heft: 13

Artikel: Die DDR und ihre Umwelt
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-653120>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die DDR und ihre Umwelt

Wenn in den Wintermonaten eine ohnehin schon hohe Schadstoffbelastung der Luft durch Rauch aus Heizungsanlagen zusätzlich verschlechtert wird, und obendrein Windstille und eine austauschbare Wetterlage hinzukommen, dann hat die Schadstoffkonzentration schnell eine Höhe erreicht, die Smogalarm ausrufen läßt. Smogalarm der Stufe eins, wie er diesen Winter in Westberlin an mehreren Tagen übers Radio verkündet wurde, hat kaum Konsequenzen, sondern dient eher der Warnung. Bei Alarmstufe zwei hingegen wird der private Autoverkehr untersagt, und die Industrieanlagen müssen ihre Produktion einschränken oder ganzlich stoppen.

Experten bezeichnen die Wirkung einer solchen Maßnahme gerade in Berlin nur als halbherzig. Wird nämlich in Berlin-West Smogalarm ausgerufen, schlägt im anderen Teil der Stadt der industrielle Rhythmus bedenkenlos weiter, qualmen die großen und kleinen Schornsteine, die nicht minder an der dicken Luft beteiligt sind, unerbittlich zum Wohle des Sozialismus. Smogalarm – diese Einrichtung gibt es in der DDR nicht. Auch in den Massenmedien finden sich seit Jahren selten einschlägige Hinweise, was Umweltbelastungen im eigenen Lande angeht. Zwar gibt es, wie in der Bundesrepublik, ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, doch unterliegen die Mitarbeiter dieser Behörde der Geheimhaltungspflicht, so daß wichtige Informationen der breiten Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.

Die Geheimhaltung versagt indes, wenn die Umweltbelastungen auch im Westen spürbar sind, wie im Fall der Werra. Sie fließt in nordwestlicher Richtung und transportiert täglich 40 000 Tonnen Kalisalze aus der DDR in die Weser. Im Weserbergland ist das Wasser des Flusses fünfzehnmal salzhaltiger als die Nordsee. Damit ist die Weser ein biologisch toter Fluß. Doch nicht allein die Werra, auch Saale, Unstrut und Elbe sind aus dem biologischen Gleichgewicht geraten und drohen umzukippen.

Wie mit dem Wasser so ist es auch mit der Luft. Was die volkseigene Industrie so von sich gibt, hat eine international vergleichende Studie an der Freien Universität Berlin herausgefunden. Bezogen auf Schwefeldioxid und Staub, den beiden prominentesten Indikatoren der Luftbelastung, standen am unteren Ende der Skala, so die Forscher, „nicht etwa Tokio, Chicago, Madrid oder die Städte des Ruhrgebiets, sondern das Hallenser Industrievier, Zwickau und Leipzig. Der Jahresdurchschnitt dieser Städte lag mehr als doppelt so hoch wie die Werte von Chicago, Düsseldorf oder Tokio“. Sei es die Atomenergie, die unverblümt und schwärmerisch gepriesen wird, der Ausbau des Individualverkehrs oder die Betonung der Schwerindustrie – in fast allen Bereichen setzt die Staats- und Parteiführung der DDR auf Fortschritt und industrielles Wachstum. Zwar werden auch die ökologischen Schäden, die dies unvermeidlich mit sich bringt, erkannt, doch der reale Sozialismus spricht sich per se eine bessere Möglichkeit zu, zukünftig mit den Problemen fertig zu werden, als der Kapitalismus.

Dieser Wechsel auf die Zukunft wird allerdings durch die Wirklichkeit nicht gedeckt, wie wachsende Umweltschäden verdeutlichen. Dies scheint umso verwunderlicher zu sein,

weil in der DDR sehr früh damit begonnen wurde, mit gesetzgeberischen Maßnahmen der Umweltprobleme Herr zu werden. Bereits in den 60er Jahren wurden eine Reihe von Bestimmungen und Verordnungen erlassen und 1968 der Umweltschutz sogar zu einem verfassungsrechtlichen Auftrag erhoben. Einen Höhepunkt, mit rechtlichen Mitteln Umweltschutz zu betreiben, stellt das Landeskulturgesetz von 1970 dar, das bis heute die Grundlage des Umweltschutzes in der DDR bildet. Ein Jahr später auf dem VIII. Parteitag macht sich selbst Erich Honecker für den Umweltschutz stark, und kurz darauf richtete man ein eigenes Ministerium dafür ein.

In dieser optisch eindrucksvollen Institutionalisierung des Umweltschutzes ist die DDR durchaus beispielhaft und braucht einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Die sauberen Pläne allerdings wurden kaum in die Tat umgesetzt. Dies liegt zum einen daran, daß die gesetzlichen Auflagen, wie in kapitalistischen Gesellschaften auch, ökologische Notwendigkeiten und ökonomische Möglichkeiten auszugleichen suchen und auf diese Weise genügend Spielraum lassen, vorgegebene Grenzwerte zu missachten. Obendrein scheinen die finanziellen Sanktionen die Betriebsleiter nicht sonderlich zu beeindrucken. Hinzu kommt, daß die Betriebe ihr Verhalten primär danach ausrichten, den Plan zu erfüllen. Wirtschaftliches Wachstum ist ihnen daher wichtiger als eine ökologisch vertretbare Produktion von Waren. Ökonomie geht allemal vor Ökologie ist die allgemeine Tendenz in der DDR und angesichts steigender Rohstoffpreise, wachsender Verschuldung im westlichen Ausland und chronischen Devisenmangels enthalten die Volkswirtschaftspläne 1976-1980 und 1981-1985 schon kein geschlossenes Umweltprogramm mehr, sondern lediglich allgemeine Formulierungen. Das neue Stichwort des Umweltschutzes heißt von nun an Sparsamkeit. Wenn die DDR ihre Umweltpolitik in den 80er Jahren betont unter dieses Motto gestellt hat, dann bedeutet das im Klartext, daß Umweltschutz möglichst wenig kosten soll. In Anbetracht steigender außenwirtschaftlicher Belastungen wird die Staats- und Parteiführung verstärkt auf wirtschaftliches Wachstum setzen müssen, um ihre Exportverpflichtungen mit Waren abgelten zu können. Umweltschutzinteressen werden dabei wohl zwangsläufig auf der Strecke bleiben.

Dennoch wächst auch drüber die Einsicht, daß sich etwas ändern muß. Zum Schriftsteller dieses noch unterentwickelten Bewußtseins hat sich die Kirche gemacht. Sie war es, die 1979 zum ersten Mal öffentlich dazu aufforderte, „über die Chancen und Gefahren der friedlichen Nutzung der Kernenergie“ zu diskutieren. Um der Kirche ein wenig Wind aus den Segeln zu nehmen und um die Umweltbestrebungen von DDR-Bürgern besser zu kanalisieren und integrieren zu können, rief die SED 1980 eine „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ ins Leben. Unter dem Motto: „Bei der Verwirklichung des Landeskulturgesetzes wirksam werden“, werden nunmehr im Namen von Kirche und Staat Bäume gepflanzt. Doch das Echo auf die kirchlichen und staatlichen Aktivitäten ist bislang gering.

makrostrukturelle Regulationen auszuschöpfen, sondern es ist erstmal darum gegangen, einseitig eine schwerindustrielle Kapazität hinzustellen, um dann – nach Abzug der Rüstungskosten und der Kosten für den Apparat – die Konsumbedürfnisse der Massen einigermaßen zu befriedigen. Aus dem Teufelskreis, der darauf zurückgeht, daß man einholen und überholen wollte, was man hier, also was im Herzen des Kapitalismus läuft, aus dem sind sie niemals rausgekommen. D.h., man ist niemals an den Punkt gelangt, wo ein solcher Systemvergleich eben ernstlich geprüft werden konnte. Von daher glaube ich, daß dieses ideologische Herangehen, dieser Systemvergleich, prinzipiell nichts bringt. Ich habe die schlechtesten Erfahrungen damit gemacht.

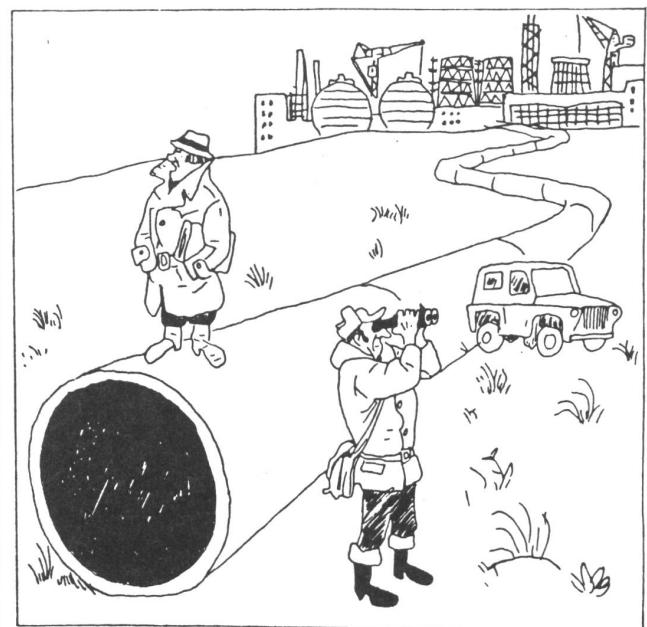
WW: Nun, wie finde ich aber einen Zugriff? Wenn ich z.B. die Produktionsstrukturen, die Rationalitätsstrukturen etc. in der Bundesrepublik und in der DDR vergleiche und feststelle, daß sie identisch sind ...?



Bahro: Was hier im berühmten *capital fixe* passiert, d.h. in den Maschinen, in den Anlagen, in der Technologie, in den Gebäuden und bis in den Militarismus hinein, all dies wird drüben nachträglich abgebildet. Es hat sich schlachtweg erwiesen, daß z.B. Ulbrichts Versuch, wie ihn die Gesellschaftswissenschaftler optimistisch formuliert haben, *überholen, ohne einzuholen*, d.h. mehr zu erreichen, ohne die Fehler nachzumachen, die im Westen laufen, dieser Versuch hat sich historisch als Illusion erwiesen. Daran ist die Partei, ist der Kommunismus, wenn man so will, gescheitert, und ich sage, das mußte scheitern. Es war nicht möglich, den Konsequenzen zu entgehen, die in diesem immer noch fortgeschrittenen, und zwar in verflucht falscher Weise fortgeschrittenen Industriesystem liegen, wenn man aus der schwächeren Position damit konkurrieren will.

WW: Das ist natürlich richtig, doch muß sich die Sowjetunion oder die DDR fragen lassen, ob nicht der Inhalt dieses Vergleichs auch ihrem ideologischen Selbstverständnis entspricht. So ist der Marxismus jedenfalls zum Teil ebenso wie die bürgerliche Gesellschaft auf Produktivkraftentwicklung aus. D.h. auch in ihm sind die Folgen der Industrialisierung angelegt, die wir heute in der DDR usw. zu spüren bekommen.

Bahro: Marx, der Marxismus, ist produktivistisch, und produktivistisch ist die gesamte Ideologie des bürgerlichen Zeitalters. Der Marxismus stammt aus dem 19. Jahrhundert, aus dieser bürgerlichen Gesellschaft. Die Arbeiterklasse stand eben objektiv mittendrin. Sie ist damit aufgestiegen. Dieser Produktivismus muß jetzt kritisiert werden und zwar hier an der Arbeiterbewegung oder was sich noch so nennt, und dort drüben an der Partei.



„Aber wo ist denn das Flüßchen, in das wir die Abwässer leiten werden?“ Aus Krokodil – satirische Zeitschrift der Sowjetunion

Die Dinge, die im ökonomischen Prozeß dort drüben ablaufen, allerdings aus der Ideologie erklären zu wollen, ist absoluter Unfug. Im übrigen stellt man auf diese Weise das, was am Marxismus das Allerbekleidste ist, nämlich den historischen Materialismus, die Methode, Geschichte zu begreifen, auf den Kopf. Es hat keinen Zweck, das, was dort weltgeschichtlich vorgegangen ist, wenn sich ein Land wie die Sowjetunion und dann der gesamte Ostblock unter dem Druck der Metropolen gezwungen sah, sich zu industrialisieren, auf Ideologie zurückzuführen. Da sind ideologische Elemente letzten Endes beliebig. Die hätten den Staat von Plato lesen und den zur Grundlage machen können, dann wäre nichts anderes dabei herausgekommen. Marx oder Plato, das erklärt nichts. Die Geschichte ist nicht Ideogegeschichte.

WW: Der Weg in die Industrialisierung, und zwar in die vom Kapital bestimmte, ist, wenn ich das richtig verstanden habe, auch für die real sozialistischen Länder die Ursache der Umweltprobleme, die heute hüben wie drüben auftauchen. Eine Kritik muß folgerichtig daran anknüpfen, nämlich an diesem Industriesystem. Wo siehst du die besseren Erfolgshandlungen einer solchen Kritik?

Bahro: Meine Erfahrung ist die, und die hat sich noch verstärkt, seitdem ich im Westen bin, daß es eben nicht gelungen ist, die Akkumulation des Kapitals im Weltmaßstab abzufangen. Und zwar in dem Sinne, daß die Akkumulation des Kapitals auch in der Sowjetunion gelaufen ist. Zwar ohne die Form des Kapitals, aber in der vom Kapital vorgeschriebenen Weise haben sich die Produktivkräfte entwickelt.

Die Linke Westeuropas hat doch die Erfahrung gemacht: erst die Sowjetunion als Ideal, dann China, Kuba. Weiß ich, wohin die überall davongelaufen sind. Wenn wir das System nicht hier in den Metropolen zum Stillstand bringen, dann sind die anderen mehr oder weniger gezwungen, in die selbe Richtung zu laufen und sich dabei den Hals zu brechen. Hier muß das Schwunggrad ausgesetzt werden. Ich sehe also die hiesige Ökologie- und Friedensbewegung, die mit den Flüchen des Industriesystems Schluß machen möchte, in der zentralen Rolle und nicht die Länder des Ostblocks. Wenn es eine Chance gibt, dann eher hier, weil sich jetzt endlich die Erkenntnis

aufdrängt, — auch wenn ich im Betrieb über gewerkschaftliche Forderungen immer noch eine Mark mehr rausholen kann — daß es im Ganzen nicht mehr aufgeht. Mein Häuschen, in das ich die Mark immer reingesteckt habe, wird entwertet, wenn ich dann diese Autobahn vor der Tür habe oder die Flugzeuge über dem Dach, und ringsum das Gemüse vergiftet. Es käme darauf an, eine Art Generalstreik gegen das Industriesystem zu machen und die Richtung neu zu bestimmen. Dabei ist die Enteignung der Kapitalisten nicht die Hauptfrage. Das fällt mit unter das Problem, und dennoch geht es um viel mehr.

WW: Wie würdest du die Chancen einer Ökologiebewegung in der DDR einschätzen. Die Kirche bietet z.Zt. ja einen möglichen Rahmen für solche Bestrebungen, die allerdings im Gegensatz zur Bundesrepublik noch recht gering sind.

Bahro: Ich würde das sehr analog zur Bundesrepublik sehen. Die Kirche, das irritiert aus einem ganz bestimmten Grunde. Das Erscheinungsbild ist zwar richtig, aber die Kirche in der DDR ist auf Grund der speziellen politischen Konstellation zwischen Partei und Kirche, die sich dort übrigens relativ glücklich entwickelt hat, diejenige Institution, die dem, was hier nicht institutionelle Ökologiebewegung wäre, so einen gewissen organisatorischen Rahmen bietet. Das sind vielleicht ähnliche Kräfte, wie wir sie hier viel entfalteter vor Brockdorf oder an der Startbahn West sehen. Aber das Potential, das die Kirche dort nutzt, erwächst an sich aus den gesamtgesellschaftlichen Problemen, und es wird sich noch viel stärker entfalten auch in Kreisen, die dem kritischen Zusammenhang weniger nahe stehen.

Außerdem haben wir genau wie hier eine, wenn man so will, ökoreformistische Richtung, die man bis ins Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED findet. D.h. es gibt in der Partei, im Parteiapparat, unter den Gesellschaftswissenschaftlern eine Menge Leute, die das Problem zur Kenntnis nehmen, auch wenn sie dann in der Propaganda im Neuen Deutschland darüber schreiben, daß der Sozialismus prädestiniert ist, diese Probleme zu lösen. Sie wissen genau, er löst sie nicht, bisher. Und sie stoßen auf die analogen Grenzen wie die reformistischen Kräfte hier.

WW: Die Lösung der Probleme wird hier wie dort kaum ur-sächlich angegangen, und dennoch kann man feststellen, daß im Westen praktisch mehr getan wird. Das, was man den öko-industriellen Komplex nennt, hat in dem Dreck, den das Industriesystem produziert, selbst noch einmal die Möglichkeit

gewittert, Profite zu machen. Kläranlagen, Filterbau etc., der gesamte technologische Umweltschutz, ist zu einer gewinnträchtigen Branche geworden, eine Sache, die in der DDR vollständig fehlt.

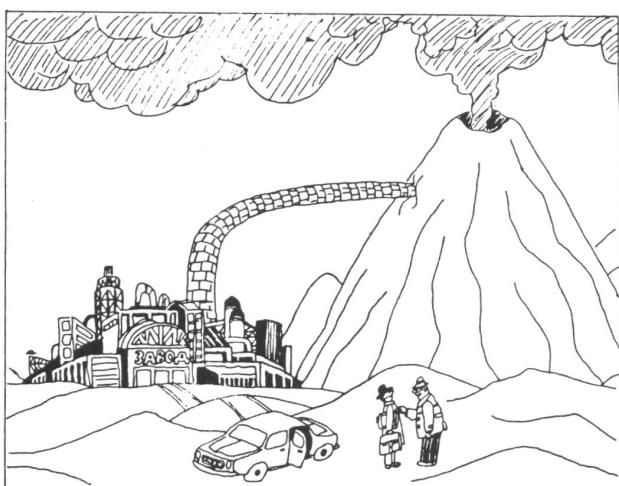
Bahro: Hier gibt es durchaus einen Systemvorteil des Kapitalismus. Nämlich aus der Aufgabe Umweltschutz können individuelle Kapitale ihren gesonderten Profit machen. Drüber geht es in einer solchen Situation dann darum, aus einer Gesamtinvestitionsmasse Ausgaben für den Umweltschutz abzuzweigen. Nimm z.B. 10 Millionen, das ist ja ein verhältnismäßig kleines industrielles Projekt. Wenn ich von den 10 Millionen 3 Millionen in den Schornstein stecken muß, aber eine Planauflage habe, weil irgendein Bedürfnis befriedigt werden muß, und sei es das Bedürfnis, irgendwas zu importieren, und ich da für erstmal Exportprodukte herstellen muß, dann kann es leicht sein, daß die 3 Millionen für den Schornstein auf eine Millionen zusammengestrichen werden und mehr Dreck in die Landschaft abblasen wird.

WW: Stichwort Bedürfnisse. Ist der Mangel an ökologischem Bewußtsein in der DDR nicht auch aus einem Nachholbedarf an Konsumgütern zu erklären, so daß sich Bevölkerung und die Staats- und Parteiführung hier in einer Allianz befinden? Beide wollen materiellen Wohlstand, Wachstum etc., und dabei ist natürlich der Umweltschutz ein hemmendes Moment, ein fünftes Rad am Wagen.

Bahro: Das Grundlegende ist doch, daß man überall in der Zweiten (*real-sozialistischen*) und Dritten Welt davon ausgeht, *einholen und überholen* zu wollen. D.h. also in dem Wohlstands muster, das der Kapitalismus erzeugt hat, liegt die wirkliche Ursache für diesen Zusammenhang. Das Anspruchsniveau, das die Menschen haben, wird in der DDR nicht selbstbestimmt, sondern das ist gerade für die DDR eindeutig von hier aus bestimmt. In diesen Dingen, die wir hier ansprechen, ist doch die Partei nicht etwa Herr der Lage.

WW: Der Sättigungsgrad an materiellen Gütern, der in der Bundesrepublik sicherlich erreicht ist, kann bestimmt als ein Grund für das Auftreten der Ökologiebewegung herangezogen werden. Muß also umgekehrt auch die DDR, da sie sich ja am Beispiel Westen orientiert, erst diesen Sättigungsgrad erreichen, bevor Fragen des Umweltschutzes ernsthaft diskutiert werden?

Bahro: Das ist eine Frage, die wirklich an Systemprobleme heranführt. Man sollte annehmen, daß die DDR, die ja so nah mit den Augen und den Sensoren an den hiesigen Verhältnissen ist, eine ausgezeichnete gesellschaftliche Lernmöglichkeit hätte, bestimmte Dinge frühzeitig abzufangen. Aber da haben wir nun drüber eine politische Struktur, die dem im Weg steht. Die ganze Legitimation — nachdem ja die Ideale als Antrieb weitgehend fortgefallen sind —: Wieviel Produkte stellt du in die Warenhäuser? beruht darauf. Das ist zwar etwas vereinfacht, aber nicht sehr. D.h. die Partei kann es sich nicht leisten, sich auf das Abenteuer einzulassen, die Prämissen des ökonomischen Prozesses neu zu definieren. Sie müßte so eine Sache unbedingt mit den Massen diskutieren. Aber gerade in diesem Punkt ist das System nicht vorteilhaft, sondern geradezu schädlich, was den Hin- und Rückfluß von Ideen betrifft. Offene Auseinandersetzung als solche gefährdet dort die Machsubstanz. Und unser hiesiger Ökologismus und Pazifismus wirkt von der Partei aus gesehen viel eher subversiv. Sie werden dort die Aufregung über die Schäden vor der Sättigung haben. Aber solange das Regime stabil ist, wird diese ganze Problematik dem *Kampf der beiden Weltsysteme* untergeordnet werden. Das allein genügt, um sicherzustellen, daß sie ökologische Stabilität weiterhin als abhängige Variable behandeln werden.



„Melden Sie dem Ministerium folgendes: Angesichts des in der Nähe des Betriebes tätigen Vulkans sind wir für die Sauberkeit der Atmosphäre nicht verantwortlich.“ Aus Krokodil